

Mai 1927
 53-56, Seite 1
 Schweine 1.54
 weine schneppend
 t. Auftrieb: 18
 t. 277 Schweine
 2-55, 2. und 3.
 -63, 2. 55-59
 4. Martioverlauf
 27. - Boppin
 C. (Wangen)
 Milchschweine 18
 9. - Schwenn
 ngen: Milch
 5.50-16. Berle
 Kern 15.50
 rch: Berle
 zeigen 16, Berle
 1782
 10-3 Uhr
 gold statt.
 reitags von
 3. Bahn-
 ann
 s.
 hüte
 Kinder
 wahl 1786
 odell.
 wagt
 ht?
 Rai
 Nagold.
 neuen
 enkeffel
 1785
 hler, Bäcker
 Kohrborf.
 -Lieder
 Kaiser, Nagold.
 g bestimmt
 1. Donners-
 tages, spä-
 2 Uhr auf-
 wachster".

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen „Feierstunden“ und „Unsere Heimat“



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
 Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.80
 Einzelnummer 10 S
Erscheint an jedem Werktag.
 Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
 Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. D. Sailer (Karl Sailer) Nagold

Anzeigenpreise:
 Die einspaltige Seite aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S, Reklame-Seite 45 S, Sammelanzeigen 50% Aufschlag
 Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telefonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gefellschaffer Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postfachkonto Stuttgart 5113

Nr. 110 Begründet 1827 Freitag, den 13. Mai 1927 Fernsprecher Nr. 29 101. Jahrgang

Tagespiegel

Der Pariser „Matin“ berichtet, der polnische Botschafter habe in einer Unterredung mit Briand die Fortsetzung weiterer deutscher Besetzungen im Osten verlangt. Briand soll damit einverstanden sein, doch solle die Forderung, ohne Aufsehen zu erregen, durchgeführt werden.

Aus Paris wird gemeldet, Briand werde dem deutschen Botschaftsrat Dr. Riehl am Samstag die Antwort auf die in den verschiedenen Besprechungen behandelten Fragen erteilen.

Der „Hochschulring deutscher Art“ gibt bekannt, daß er seine seit langem bestehende Verbindung zu den Vereinigten vaterländischen Verbänden gelöst habe. Die Parole des Stahlhelms „Hinein in den Staat“ dürfte, wie die D.A.Z. zu der Mitteilung bemerkt, den entscheidenden Anstoß zu diesem Beschluß des Hochschulrings gegeben haben. Wenn dieser im Augenblick eine direkte Verbindung mit dem Stahlhelm auch noch nicht aufgenommen habe, so besse wohl kein Zweifel, daß ein solches Zusammengehen die Folge der Trennung von dem V.V.B. sein werde.

Der Landbund ist in die österreichische Regierungskoalition eingetreten, die damit eine sichere Mehrheit im Nationalrat hat.

Bergeblühe Besuche

Der Vertreter des erkrankten deutschen Botschafters, der Botschaftsrat Dr. Riehl, ist in den letzten Tagen dreimal bei Herrn Briand gewesen. Natürlich ist bei diesen Besuchen auch über das Rheinland gesprochen worden. Da in aller Welt versichert wird, diese Lebensfrage der deutsch-französischen Annäherung sei „nur gestreift“ worden, wird man annehmen müssen, daß darüber sehr ausführlich gesprochen wurde, nur — ohne Erfolg. Es hat keinen Sinn, diesen wenig erfreulichen Verlauf der Unterredungen verschleiern zu wollen. Sicher ist jedenfalls, daß diese, sagen wir also „Streifung“ der Räumung alle halbamtlichen Ententeledern in Bewegung gesetzt hat, die sich redliche Mühe geben, die rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen der Rheinlandfrage so heillos durcheinander zu wirbeln, bis von einem deutschen Anspruch auf vertragliches Recht nichts mehr übriggeblieben ist.

Eins der bevorzugtesten Mittel, deren sich die Presse des französischen Auswärtigen Amtes bei ihrer Aufgabe, die Wasser zu trüben, bedient, ist die bewusste Verwechslung der rechtlich ganz verschieden gelagerten Fragen der Beringerung der Besetzungstruppen und der vorzeitigen Räumung dieses Gebiets. Da muß denn doch daran erinnert werden, daß über die Frage der Beringerung der Besetzungstruppen im Rheinlande Rechtens längst entschieden ist. Gelegentlich der Unterzeichnung des Sicherheitsvertrags von Locarno in London — das war im Dezember 1925 —, ist von den am Rhein stehenden Mächten in durchaus verbindlicher Form die Zusicherung gegeben worden, die Zahl der Besetzungstruppen werde „fühbar“ verringert werden. Hier liegt also ein anerkannter deutscher Anspruch vor, und die Anerkennung dieses Anspruchs war eine der wenigen „Rückwirkungen“ aus dem Abschluß des Sicherheitsvertrags; Vertragsbruch und nachter Betrug ist es, daß dieses Versprechen noch nicht erfüllt ist, das für uns einen der wesentlichsten Gründe zur Unterzeichnung des Locarnovertrags darstellt.

Angeichts dieser Rechtslage ist es ein starkes Stück, wenn Poincaré und seine Leute nun anfangen, die seit zwei Jahren versprochene Herabsetzung der Besetzungstruppen im Rheinland an neue Sicherheitsforderungen zu binden, als sei der Sicherheitsvertrag von Locarno nie unterzeichnet worden. Es scheint aber doch an der Zeit, daß man erwäge, ob dieser Verdrehungskunst nicht am besten dadurch die Spitze abgebrochen wird, daß das Auswärtige Amt in irgendeiner Form öffentlich an die bestehende Verpflichtung Frankreichs erinnert, die Besetzungstruppen fühlbar herabzusetzen.

Die Taktik der Franzosen ist heute ganz darauf abgestellt, Leitfrage und Hauptfrage miteinander zu verquiden und durch das Aufwerfen störender Zwischenfragen und Forderungen Zeit zu gewinnen. Es ist ein weltgeschichtlicher Witz, daß gerade Herr Poincaré, der die Atmosphäre von Thoiry gründlich stürzte, nun plötzlich durch seine Mittelmänner die Meinung verbreiten läßt, er sei bereit, über ein Räumungsgeheiß mit sich reden zu lassen. Warum läßt er gerade jetzt diesen Versuchsballon steigen? Ist an dem, daß dem Finanzdiktator Poincaré deutsche Unterstützung zur Vollerfüllung der Frankensbesetzung ernsthaft willkommen wäre? Oder rechnet nicht vielleicht der Außenpolitiker Poincaré damit, daß der psychologische Augenblick vorüber sei, in dem man Deutschland große Summen abpressen könne für die vorzeitige Räumung, die es in kurzer Frist als sein gutes Recht bedingungslos fordern muß? Wie dem auch sei, man wird damit rechnen müssen, daß Poincaré seine Karten bereits heute so legen möchte, daß er jederzeit dem Deutschen Reich die Verantwortung für das Scheitern des „Versöhnungsgeheißs“ zuschreiben kann. Dieses Mißtrauen gegen den Sonntagsredner von Bar le Duc erhält weitere Nahrung durch die Wiederaufnahme der französischen Forderung, die vorzeitige Räumung der Rheinlande müsse von Deutschland u. a. bezahlt werden mit der Duldung einer

Gegen die vertragswidrige Aufrechterhaltung der Besetzung

München, 12. Mai. Der pfälzische Abgeordnete Dernholt brachte mit Unterstützung der Bayerischen Volkspartei im Landtag eine Anfrage ein, in der auf die fortgesetzten Ausdehnungen und Befestigungen durch Besetzungen, besonders in Germersheim, hingewiesen wurde. Die Regierung wird aufgefordert, im Verein mit der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß dem Treiben der Franzosen Einhalt geboten und das besetzte Gebiet vollständig geräumt werde.

Koblenz, 12. Mai. Der Kreistag Koblenz erhob in einer Entschließung Einspruch gegen die Fortdauer der Besetzung. Die französischen Behauptungen, die Bevölkerung im Rheingebiet habe sich mit der Besetzung abgefunden, stehe in schroffem Widerspruch mit den Tatsachen. Der Kreistag erucht die Reichs- und die preussische Regierung, alles zu tun, um die Rheinländer wieder zu freien Bürgern zu machen. Die Aufhebung der Besetzung dürfe aber nicht mit neuen Zugeständnissen erkaufte werden.

London, 12. Mai. In einer Rede bei einem Essen der Vereinigung britischer Bankiers sagte Schatzkanzler Churchill u. a.: Der deutsche Wettbewerb wird sich fühlbar machen, ein großer Wettbewerb wissenschaftlicher Organisation, die sich durch Schuldenannullierung von einem großen Teil

der Verbindlichkeiten befreit hat. Dieser Wettbewerb wird gegen uns und gegen die Märkte der Welt einen Vorstoß unternehmen, und nur wenn wir unser Haus in Ordnung bringen und ständig neue Anstrengungen machen, werden wir umfände sein, mit unseren überlegenen Hilfsquellen des Kredits und Kapitals und der Tüchtigkeit und Genügsamkeit unseres Volkes gegen diese neuen Verwicklungen vorwärts zu kommen.

Abkündigung der persischen Kapitulationen
 Teheran, 12. Mai. Die persische Regierung hat dem Mächten mitgeteilt, daß sie die bisherigen Kapitulationen kündige. Die Kapitulationen sind Abmachungen, die den ausländischen Mächten auf Grund von Verträgen bestimmte Rechte einräumen.

Die persische Regierung hat den Handelsvertrag mit Deutschland gekündigt, der damit vom Tag der Kündigung in einem Jahr abläuft. Dieser Schritt ist deswegen von Bedeutung, weil die grundsätzlichen Bestimmungen der Kapitulationen im deutsch-persischen Handelsvertrag enthalten sind und alle anderen Handelsverträge beruhen auf dem deutsch-persischen Aufbau. Sämtliche in Teheran vertretenen Mächte müssen sich daher über die Politik einig werden, die sie aus Anlaß der Kündigung des deutsch-persischen Vertrags mit seinen Folgerungen einzuschlagen beabsichtigen.

ständigen Militärüberwachung im geräumten Gebiet. Es hat einmal eine Zeit gegeben, in der man über diese Forderung in ganz bestimmter Form hätte sprechen können: in der Form nämlich, daß beiderseits des Rheins entmilitarisierte Zonen unter internationaler Aufsicht geschaffen werden sollten. Diese Forderung hätte dem Vertrag von Locarno entsprochen. Heute aber, angesichts des französischen Festungsprogramms, ist eine Erörterung über diese Friedenssicherheit zwecklos. Auch hier bleibt nur die Möglichkeit, den Versailler Vertrag, der eine solche Dauerüberwachung des Rheinlands bei vorzeitiger Räumung nicht kennt, zur unverrückbaren Grundlage unseres politischen Standpunktes zu machen. Auch vor diesen französischen Forderungen erscheint es zweckmäßig, rechtzeitig und unabweisend daran zu erinnern, daß sie im Versailler Vertrag keine Stütze finden. Es nicht einzusehen, welchen Schaden solch rechtzeitige Klarstellung anrichten könnte. Eine „Atmosphäre“, die gestört werden könnte, besteht ja ohnehin nicht mehr zwischen Deutschland und Frankreich; es herrscht vielmehr recht dicke Luft, und die wird diesmal durch diplomatische Leistererei gewiß nicht verbessert. In Leistererei, in der weitgehenden Rücksicht auf Briand, liegen große Gefahren. Darunter ist die größte, daß Frankreich die Durchführung der Abrüstung und die pünktliche Erfüllung der Entschädigungsverpflichtungen, die den Räumungsstatbestand des Art. 431 des Versailler Vertrages ergeben, mit dem Butterbrod einer „fühlbaren“ Truppenvermehrung begleichen möchte und nicht mehr. Für die Erfüllung der Hauptlasten des Versailler Vertrags, Abrüstung und Entschädigung, würden wir dann glücklicherweise die Erfüllung eines längst fälligen Locarnovertrages eingetauscht haben. Das wäre gewiß ein teurer „Erfolg“. Wenn dieser Gefahr überhaupt noch wirksam begegnet werden kann, dann nur dadurch, daß wir unsere Hauptforderung aus Art. 431 des Versailler Vertrags erst dann präsentieren, wenn die Erfüllung des Locarnovertrages Wirklichkeit geworden ist.

Deutscher Reichstag

Berlin, 12. Mai.
 Der Reichstag hielt heute nur eine kurze Sitzung ab, in der die zweite Beratung des Gesetzes zum Schutz der Jugend bei Unfallschicksalen fortgesetzt wurde. Frau Abg. von Sperber (D.P.) betonte die Notwendigkeit einer stärkeren Jugendfürsorge, die durch dieses Gesetz gefördert werde. Abg. Dr. Runkel (D.P.) erklärte, daß der Ausschuß der Regierungsvorlage durch Mitwirkung der Jugendämter den Charakter eines Polizei- und Strafgesetzes angenommen habe. Seine Fraktion behalte sich aber ihre endgültige Stellungnahme bis zur dritten Lesung vor. Frau Abg. Wieber-Berlin (Z.) befürwortet den Gesetzesentwurf, während Abg. Rosenbaum (Komm.) ihn als Affektat auf die Kultur bezeichnete. Darauf vertagte sich das Haus auf morgen nachmittags.

Neuestes vom Tage

Bereinigung des Steuerwesens
 Berlin, 12. Mai. Im Reichsfinanzministerium wird am 13. Mai eine Besprechung der Finanzminister der Länder stattfinden, in der eine Vorlage des Reichsfinanzministers über die Vereinheitlichung des Steuerwesens, die dem Reichstagspräsidenten bereits zugegangen ist, beraten werden soll. Der Vorlage sind angegliedert das Grundsteuer-Rahmengesetz, das Gewerbesteuer-Rahmengesetz, das Gebäudeversicherungs-Steuergesetz und das Steueranpassungsgesetz. Das Grundsteuer-Rahmengesetz

soll einen einheitlichen Haupt-Steuer-Satz für das gesamte Reichsgebiet schaffen, der unter der Annahme eines erheblich geringeren Gesamtaufkommens an Grundsteuern als bisher ermittelt worden ist. Die Länder und Gemeinden sollen auf dieser Grundlage ihre Vorschriften treffen, indem sie das Maß der zu erhebenden Grundsteuern in Prozenten des Hauptsteuerjahres festsetzen. Nach denselben Prozentsätzen soll die Gewerbesteuer berechnet werden. Das Gebäudeversicherungssteuerertrag wird durch eine einheitliche Regelung des Geldwertausgleichs auf bebauten Grundstücken. Das Steueranpassungsgesetz soll der Vereinheitlichung und Bereinigung der Steuerverwaltung dienen. Der Steuerpflichtige hätte demnach für Reichs- und Landessteuern nur eine Steuererklärung abzugeben, er würde nur einen Steuerbescheid erhalten und hätte nur an eine Steuerkasse zu zahlen. — Während in England es im wesentlichen nur die eine Einkommensteuer gibt, bestehen in Deutschland laut Reichshaushaltplan 1926/27 verschiedene Steuerarten, von denen 8 zusammen nur 34 Millionen Mark einbringen und jede für sich mehr Verwaltungskosten verursacht als sie einbringt. Außerdem werden diese kleinen Steuern nebeneinander erhoben, so daß der Gewerbetreibende abgesehen von den durch die Haushaltsführung entstehenden Steuern wenigstens 12-14 verschiedene Reichs- und Landessteuern zu errechnen hat und eine Unmenge Zeit mit dem Ausfüllen der Formulare verlor, während die Finanzämter unter der Last einer völlig unproduktiven Arbeit fast zusammenbrechen. Diese Mißstände im neueren deutschen Steuerwesen sollen durch die neue Regelung des Steuerwesens wenigstens in der Hauptsache beseitigt werden.

Die preussische Generalsynode zum Konkordat

Berlin, 12. Mai. In ihrer heutigen Schlusssitzung nahm die Generalsynode einstimmig eine Entschließung zur Konkordatsfrage an, in der es heißt: Es besteht die ernsteste Besorgnis, daß über das Gebiet äußerer Organisation und finanzieller Beziehungen hinaus, auf dem seit 1821 Vereinbarungen zwischen dem preussischen Staat und der Kurie bestehen, noch andere Fragen, namentlich auch auf dem Gebiet des Schulwesens, zum Gegenstand vertragsmäßiger Regelung zwischen Staat und römisch-katholischer Kirche gemacht werden sollen. Die Generalsynode müßte hierin eine wesentliche Verschärfung der in der Konkordatsfrage an sich gegebenen Gefahren erblicken und davon eine schwere Schädigung der evangelischen Kirche, der Volksgemeinschaft und des Staats, insbesondere auch eine verhängnisvolle Störung des konfessionellen Friedens befürchten. Gegen eine solche Regelung müßte die Generalsynode mit allem Nachdruck Einspruch erheben. Sie billigt die bisherige Behandlung der Konkordatsfrage durch Kirchenrat und evangelischen Oberkirchenrat und spricht ihnen für die Weiterführung der Angelegenheit ihr Vertrauen aus.

Aufstand der Jaqui-Indianer in Mexiko

Nogales, 12. Mai. Unter den Jaqui-Indianern, die sich nach ihrer vor kurzem erlittenen Niederlage gegen die Bundesstruppen beruhigt zu haben schienen, ist ein großer Aufstand ausgebrochen. Zurzeit tobt zwischen Jaquibanden und Bundesstruppen ein Kampf, bei dem die in großer Ueberzahl befindlichen Jaquis die Bundesstruppen in die Verteidigung gedrängt und nahezu eingeschlossen haben. Zwei Bataillone Infanterie sind von hier zur Unterstützung der bedrängten Truppen abgegangen. Nogales (Nordmexiko) selbst ist in Gefahr, von den aufständischen Indianern überfallen zu werden, von denen Tausende in der Umgebung schwärmen. Sechs Bataillone Infanterie mit starker Ausrüstung Landgendarmarie sind aus Chihuahua bereits hierher unterwegs. Nogales wird in Verteidigungszustand versetzt. Die gesamte Bürgerwehr hat sich bewaffnet. Rinos um die Stadt

Sechdeckstraßen — die Autostraßen der Zukunft

Der Verkehrsdirektor der Stadt Neuport, John A. Harris, hat einen „großzügigen“ Plan für den Kraftwagenverkehr der Zukunft entworfen. Der Plan hat den Zweck, in sechs übereinander gelegten Straßen den Kraftwagenverkehr der einzelnen Arten — Lastwagen, Omnibus und Personenwagen von einander unabhängig zu machen und damit für den gesamten Kraftwagenverkehr Schnellverkehrsstraßen zu schaffen. Auf den beiden oberen Gängen sollen die Personenwagen laufen, auf den beiden Mittelgängen die Kraftomnibusse, und auf den beiden unteren Decks die Lastwagen. Die Deckstraßen sind in jeder Richtung nur in ein paar Parallelen für die Großstadt vorgesehen, so daß höchstens innerhalb einer Stadt neun Kreuzungen entfallen können. Von Deck zu Deck führen in gewissen Abständen etwa 33 Meter lange Zufahrtsrampen mit geringer Steigung, die das Auf- und Absteigen der Wagen zu den ihnen bestimmten Decks ermöglichen. Auf jedem Deck wird nur in einer Richtung gefahren. Die Decks sind so breit, daß die Rampen nur ein Viertel oder Fünftel ihrer Breite einnehmen. Die Schwierigkeiten für den Plan liegen einerseits im Kostenpunkt (ein Kilometer würde etwa auf 630 000 Mark

zu stehen kommen), sodann in der Frage, wie sich die Hausbesitzer und Bewohner der Straßen, durch die die Sechdeckstraßen gebaut würden, dazu stellen würden. Den unteren Stockwerken würde natürlich alles Licht genommen. Harris glaubt die Lösung darin zu finden, daß in den unteren Stockwerken der Häuser Industriewerke eingebaut und in den oberen billige Wohnungen für minderbemittelte Kreise geschaffen werden, die für den Lärm vor ihren Fenstern durch niedrigen Mietpreis entschädigt würden. Harris möchte die Sechdeckstraße nicht auf Neuport mit seinen 800 000 Kraftwagen beschränkt wissen, er denkt u. a. an eine Ueberlandstraße von Neuport bis San Francisco. Aber auch jede Großstadt soll eine Sechdeckstraße haben. So ist er aufnachts Mai nach Hamburg gekommen und hat den maßgebenden Stellen seinen Plan vorgelegt. Gegenwärtig verhandelt er mit dem Magistrat von Berlin, und von da will er nach München, Düsseldorf, Paris und London besuchen. Harris glaubt in Aussicht stellen zu können, daß amerikanisches Kapital zur Verfügung stünde, wenn eine deutsche Großstadt seine Sechdeckstraße einführen wollte. — Also Berlin voran!

werden Maschinengewehre eingerichtet. Der Anführer der aufständischen Indianer, der Häuptling Luis Matos, hat den Behörden ein Ultimatum überreicht, in dem er die Uebernahme der Stadt fordert und eine Frist bis zum nächsten Sonntag stellt, widrigenfalls die gesamte Bevölkerung niedergemetzelt würde.

Württemberg

Stuttgart, 12. Mai. Vom Landtag. Bei der weiteren Beratung des Polizeiverwaltungsgeetzes im Finanzausschuß erklärte Minister Bolz, hinsichtlich der Kostenumlage sei man allseitig für die Zugrundelegung der Kopfzahl, nur über die Höhe der Kopfsätze bestehe Meinungsverschiedenheit. Der Pensionsaufwand dürfe sich auf etwa 700 000 Mark stellen, während bisher 430 000 Mark zugrunde gelegt waren. Der Staat könne nicht zu Lasten des ganzen Landes die erhöhten Lasten zugunsten einiger wenigen Städte tragen. Bei der Berechnung des Sachaufwands verlangen die Gemeinden den Durchschnitt der Jahre 1910/14 (18 v. H. bei Stuttgart, 15 v. H. bei den übrigen Gemeinden). Der Ausschuß lehnt einen sozialdemokratischen und einen demokratischen Antrag, der von den Polizeikosten 1 460 000 bzw. 871 000 Mark mehr auf den Staat abwägen würde, ab.

Ferner nimmt der Ausschuß einen Antrag von Dr. Wider an, daß von der zehnprozentigen Mietzinsenerhöhung vom 1. April 6 v. H. für Wohnungsbau, die restlichen 4 v. H. sowie die vollen 10 v. H. der am 1. Oktober ds. Js. eintretenden weiteren Mietzinsenerhöhung dem Hausbesitzer überlassen werden sollen in Anbetracht der Aufwertungsrisiken, zur Instandsetzung usw.

Minister Bolz macht Mitteilung von dem Inhalt der Verträge mit dem Reich über die Bauarbeiten am Kanal bei Horkheim und Obereßlingen. Danach übernimmt von den Baukosten, Zinsen, Tilgungsraten usw. das Reich zwei Drittel, Württemberg ein Drittel. Der Ausschuß stimmt zu.

Eine Eingabe der Gemeinde Hochberg, Olt. Waiblingen, um Uebernahme der Unterhaltungskosten der Neckarbrücke auf den Staat wird der Regierung zur Kenntnisnahme übergeben, das ist so viel wie abgelehnt.

Empfindliche Geldstrafe. Das Polizeipräsidium hat gegen den Bezirksleiter des Jung-Spartakusbundes Reinhold Maier auf 150 M Geldstrafe oder 6 Tage Haft erkannt, weil er sich an einem Aufzug des Stuttgarter Jung-Spartakusbundes am 1. Mai beteiligt und dadurch gegen Anordnungen des Kultusministeriums betreffend schulwidrige Veranstaltungen verstoßen hat.

Die Himmelschrift, die Erfindung des englischen Majors Savage, wird beim Württ. Großflugtag in Böblingen am Sonntag, den 15. Mai, zu beobachten sein.

Tierärztliche Gebühren. Nachdem die Gebühren der beamteten Tierärzte für besondere Berrichtungen einschließlich der Gebühren für die Sachverständigenentätigkeit vor Berichten und Staatsanwaltschaften in Württemberg neu geregelt worden sind, hat das Staatsministerium über die Bezüge nichtbeameter Tierärzte für Berrichtungen im amtlichen Auftrag bestimmt, daß die nichtbeameteten Tierärzte für die ihnen von einer Behörde, insbesondere von einem Bericht oder einer Staatsanwaltschaft aufgetragenen Berrichtungen Gebühren und Reisekosten nach den für die beamteten Tierärzte in einer Anlage der Verordnung des Innenministeriums festgesetzten Sätzen erhalten.

Die Ortskrankenkassen im Jahr 1926. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Stuttgart hatte im Jahr 1926 eine Mehrausgabe von 86 166 M. Das Vermögen beträgt nach einer Abnahme um 349 792 M. jetzt noch 4 001 460 M. Die Ortskrankenkasse für Handelsgewerbe erzielte einen Ueberschuß von 138 297 M. Ihr Vermögen hat sich um 118 901 auf 1 176 374 M. erhöht. Die Erhöhung der Gebühren der Kassenärzte wird mit jährlich 630 M. berechnet. Die Zahl der Krankheitsfälle betrug bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse 434 Prozent gegen 5,85 im Vorjahr, bei der Kasse für Handelsgewerbe 3,28 (3,90 Proz.). In Stuttgart kommt auf 495 Versicherte ein Arzt.

Der Evang. Volksbund hält am Sonntag und Montag in Stuttgart seine Jahresversammlung ab. Der Bund zählt in 684 Ortsgruppen 173 000 Mitglieder. Mit der Tagung ist ein Besuch der Ausstellung für freie Wohlfahrtspflege verbunden.

ep. Schmie bei Maulbronn, 12. Mai. Das neue Singen. Der letzte Sonntag vereinigte im neuerbauten Jugendhaus Schmie des Evang. Verbands für die weibliche Jugend Württembergs eine große Anzahl von Vereinen und Kreisen der weiblichen Jugend des Landes. Sowohl im Vormittagsgottesdienst, den Pfarrer Hermann von Schlab hielt, wie auch bei der Nachmittagsfeier, die von Pfarrer Schubert-Stuttgart geleitet war, wurde der Freude über die lebendige religiöse Gemeinschaft Ausdruck gegeben. Stadtpfarrer Riehmüller-Eßlingen stellte den Tag in das Zeichen des neuen Singens. Chöre und Sprechchöre und gemeinsamer Gesang sollten die Jugend vertrauter machen mit dem Gut des Kirchenlebens.

Badrang, 12. Mai. Bärenjagd. Aus der hier zurzeit gastierenden Tierschau Engert entwich ein älterer Braunbär seiner Bändigerin. Seinen Weg durch eine belebte

Straße nehmend, geriet er in den sog. alten Friedhof, von da in den Garten der Ortskrankenkasse und konnte schließlich nach einer aufregenden Jagd von dem Eigentümer und der Polizei in den Hühnerstall des Krankentassenverwalters getrieben werden. Diese Unterkunft vertauschte er dann freiwillig mit einem inzwischen herbeigeholten Transportzwinger.

Gmünd, 11. Mai. Eine Zigeunerschlacht. Gestern Abend kam es in der hinteren Schmiedgasse zwischen den auf dem Pferdemarkt anwesenden Zigeunern wegen eines Pferdeverkaufs zu einer Streiterei. Diese artete nach kurzem Wortwechsel derart aus, daß die Streitenden mit Stöcken, Prügeln, Peitschen und dergl. aufeinander einschlugen, so daß Blut floß und ein Teil der Zigeuner größere Verletzungen am Kopf davontrugen. Während einige der Zigeuner das Weite suchten, wurden sie von ihren Genossen verfolgt und mit Stöcken und Prügeln beworfen, so daß eiltliche der bedrohten Zigeuner sich in den anliegenden Häusern versteckten. Sämtliche Beteiligten wurden auf die Polizeiwache oerbracht, wo den Verletzten ein Verband angelegt worden ist. Die Zigeuner wurden später aus der Stadt abgehoben.

Laupheim, 12. Mai. Spanische Landwirtschaftskommission. Anlässlich der Viehprämierung am Dienstag hatte sich eine 10gliedrige spanische Landwirtschaftskommission eingefunden, um die ausgestellten Tiere zu besichtigen. Dem Ausschuß gehören an 2 Professoren und 2 Tierzuchtinspektoren der landw. Hochschule Madrid, der spanische Attaché in Berlin, ein Vertreter der deutschen Regierung und noch 4 weitere Herren. Der Ausschuß äußerte sich sowohl über die ausgestellten Tiere, wie über den Viehstand der Schlachttierverwaltung Laupheim in anerkennender Weise. Von hier aus beauftragt die Kommission einige Viehbestände im Oberamt Biberach, Weßlee und Leutkirch, sowie in 2 bayerischen Zuchtverbänden. Ein Zuchtviehabsatz nach Spanien wäre sehr zu bearrufen.

Leßkang, 12. Mai. Zwischenlandung eines Ballons. Gestern Abend gegen 6 Uhr landete der Ballon „Lima“ mit 4 Mann Besatzung in den Wiesen bei Moos. Die Insassen fragten, wo sie sich befänden und wie weit es noch nach Friedrichshafen sei. Als sie hörten, daß es nur mehr einige Kilometer seien, gaben sie wieder Ballast ab und flogen gen Friedrichshafen, wo sie auf dem Flugplatz zu landen gedachten.

Aus Stadt und Land

Regolb, 13. Mai 1927.

EWIG müssen wir Menschen einsam bleiben, einsam wie Hügel und Berge, die nur in der Tiefe ihrer Gesteinswurzeln, wo sie noch nicht Hügel und Berge sind, übereinstimmen. Stehr.

Wind

Ich liebe ihn, Er treibt die Wolken über die Erde. Ist es nicht ein Glück: an einem Fenster sitzen oder auf einem Hügel liegen und sehen wie die Wolken ziehn. Stunde um Stunde. Aus der Ferne in die Ferne.

Der Wind treibt die Wolken. Darum liebe ich ihn. Darum am meisten. Er wiegt die Wälder. Sie brausen wie Wasser, die über ein Wehr flürzen. Er läuft über die Felder. Sie wogen und rauschen. Es streicht über die Büsche und ihre blattbewinkelten Gerten schaukeln sich fröhlich. Weht leise um den Krautacker. Hängt sich in die Weidenruten am Bach. Legt sich in die Wälder. Spielt mit Gras und Blumen. Sonnt sich. Und plötzlich fühlt er seine Jugend. Und seine Kraft. Springt auf. Lässt staubwirbelnd die weiße Straße entlang in die Stadt. Schlägt Fenster und Türen zu. Reißt lockere Ziegel von den Dächern und morliche Zweige von den Bäumen in den Gärten. Bläst mit vollen Backen die Wäsche von der Leine. Tobt in den Häusern, daß ein Zittern durch alle Wände geht. Heult in den Kaminen. Hüpf und tanzt straßauf und -ab. Fegt peitschend über die Plätze. Wischt den Männern die Hüte vom Kopf. Wühlt sich in die Röcke der Mädchen. Lacht auf und stürmt jöhend in den Wald. Reißt Tannen aus. Stürzt eine alte kranke Eiche.

Toben auf dem Gipfel des Berges steht ein Mensch und jaucht in den Abend. Und wirft ihm die Arme entgegen: Selig im Winde zu stehen mit heißem Herzen!

Und dann ist es Nacht. Und der Wind ist still geworden. Heimlich geht er um die Häuser. Kost die brennenden Wangen der Liebenden. Nimmt leise durch die Seele eines Betenden: ... und du weißt nicht von wannen er kommt und wohin er fährt. Haucht das Licht aus an einem Sterbebett. Hält den Atem an und horcht lautlos in die Träume der Menschen.

Am Morgen ist er fort. Die Telephondrähte am Bahndamm entlang summen hinter ihm drein.

„Ueber die Kunst der alten deutschen Meister“

sprach Herr Rektor Kiefern gestern Abend im Seminar, wenn man die jungen Seminaristen nicht in Betracht zieht, vor einem fast leeren Saal. Der fein ausgearbeitete Vortrag mit seinen noch feineren Lichtbildern gefiel allgemein. Eine ungeheure Arbeit wie die Vorbereitung zu einem solchen Abend sollte wirklich durch besseren Besuch belohnt werden. Besonders verand es H. Kiefern den Unterschied zwischen den deutschen und den ausländischen Meistern gut zu zeichnen und die sich verändernden

Anschauungen und das werdende Können im Laufe der Jahrhunderte vor Augen zu führen.

Oberamtsrichter — Reallehrerin. Der „Staatsanzeiger“ vom 2. Mai Nr. 100 gibt bekannt, daß die Oberamtsrichterin in besonders wichtiger Stellung 10 in C. in Gruppe 10 der Befoldungsordnung eingewiesen worden sei. Gleichzeitig wird die Oberamtsrichterin in W. in Gruppe 10 der Befoldungsordnung ausgeschrieben. Eine Reallehrerin ist eine gehobene Volksschullehrerin. Die besondere Wichtigkeit ihrer Stelle besteht darin, daß sie in einer Mädchenrealschule am Vormittag Kinder unterrichtet (und von den Nachmittagen abgesehen, auch sonst im Jahre etwa 3 Monate Ferien hat). Sie bezieht in C. nach Abzug der Steuer als ledige Dame im Endgehalt jährlich 6772 M. Der Oberamtsrichter ist Vorstand eines Amtsgerichtsbezirks. Er übt über eine größere Anzahl von Beamten, die mindestens die Vorbildung einer Reallehrerin besitzen, die Dienstaufsicht aus. Er entscheidet über die Ehre und das Vermögen seiner Mitbürger. Er hat studiert und ist 26—27 Jahre alt geworden, bis er den ersten Pfennig verdient hat. Dafür bezieht er jetzt in W. als älterer, zumeist verheirateter Mann, der für seine Familie zu sorgen hat, nach Abzug der Steuer im Endgehalt jährlich 6357 M. Wenn bei diesen Zuständen, so wird aus Stuttgarter Richterkreisen dem „Schwarzwälder Boten“ geschrieben, die Richter nachgerade verbittert sind und jede Luft an der Arbeit verlieren, so wird dies niemand wundern.

Beihingen, 11. Mai. Einbruchdiebstahl. Heute vormittag, zwischen 9 und 10 Uhr wurde in dem, etwas außerhalb des Dorfes, aber unmittelbar an der Straße stehenden Wohnhaus des Landwirts Schwarz an der Straße stehenden Wohnhaus verübt. Der Dieb hatte wahrscheinlich beobachtet, daß morgen ein Kind allein daheim war, und daß es nach 9 Uhr mit dem Schulranzen das Haus verließ. Sofort wußte sich der Einbrecher Eingang zu verschaffen, erbrach mit Weil und Bichel eine Kommode und entwendete daraus 50 M. Außerdem nahm er noch etwa 10 Pfund Rauchfleisch mit. Das Weil und den Bichel versteckte er unter ein Bett in der Schlafstube. Um 10 Uhr eine ältere Schwester aus der Schule heimkam bemerkte sie von dem Einbruch nichts. Der Täter war schon verschwunden, und man muß sagen zum Glück, im Hinblick auf das, was hätte geschehen können, wenn der Einbrecher von dem Mädchen überrascht worden wäre. Erst als gegen Mittag die Eltern vom Feld heimkehrten, wurde der Einbruch entdeckt. Von dem Täter fehlt bis jetzt jede Spur.

Gedenket der Hochwassergeschädigten mit einer Spende.

Aus aller Welt

Japanische Auszeichnung für Mussolini. Der Mikado hat Mussolini den Orden der aufsteigenden Sonne verliehen. Das ist die höchste Auszeichnung, die Japan an Ausländer verleiht.

Ertrunken. Der wissenschaftliche Hilfsarbeiter an der Münchener Staatsbibliothek, Dr. Johann Frommel, ist beim Probieren eines neuen Fallsbootes im Starnberger See umgekippt und in Gegenwart seiner Braut, die vom Ufer aus der Fahrt anah, ertrunken.

Die Inquisitions-Kongregation in Rom richtete an die Bischöfe der ganzen Welt ein Rundschreiben, daß sie alle diejenigen Bücher aus ihren Diözesen entfernen, die zur sinnlichen und sinnlich-mythologischen Literatur gehören. Die Bischöfe werden aufgefordert, der Inquisitions-Kongregation über die Verbreitung dieser Bücher sowie über die Maßnahmen Bericht zu erstatten, die sie ergriffen haben, um soviel wie möglich von diesen Schriften zu vertilgen.

Fleischvergiftung. In Ruhla (Thüringen) erkrankten 50 Personen an Fleischvergiftung nach dem Genuß von Pferdefleisch. Sämtliche Kranken befinden sich in ärztlicher Behandlung.

Anwetter im Nahegebiet. Aus dem mittleren Nahegebiet werden schwere Anwetter gemeldet. Die Gemeinden Henmweiler und Hahnenbach haben durch wolkenbruchartige Regengüsse, die Ueberschwemmungen verursachten, besonders schwer gelitten. Hagelschlag richtete an den in voller Blüte stehenden Obstbäumen großen Schaden an.

Letzte Nachrichten

Dienstag Sitzung des Auswärtigen Ausschusses Berlin, 13. Mai. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages ist für Dienstag vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung einberufen worden.

Neue nationalsozialistische Tumulte in Charlottenburg

Berlin, 13. Mai. Am Wilhelmplatz in Charlottenburg kam es am Donnerstag Abend anlässlich einer verbotenen nationalsozialistischen Versammlung zu umfangreichen Ausschreitungen. Bis in die späten Abendstunden wurde die Polizei von den auf der Straße herumziehenden Demonstranten in Atem gehalten. Wiederholt mußten mehrere hundert Demonstranten zerstreut werden. Insgesamt wurden 10 Personen wegen Nichtbefolgung polizeilicher Anordnungen festgenommen. Es gelang auch, den Nationalsozialistischen Schärer, der in der Mitte eines Demonstrantenzuges marschierte, zu verhaften. Er kommt als Haupttäter bei dem Ueberfall auf dem Vichterfelder Bahnhof-Ost in Betracht. Da gegen ihn ein Haftbefehl vorliegt, wird er dem Untersuchungsrichter in Moabit zugeführt.

Die belgische Kammer ratifiziert das Luftfahrtabkommen mit Deutschland

Brüssel, 13. Mai. Die belgische Kammer hat gestern das deutsch-belgische Luftfahrtabkommen mit 101 gegen 1 Stimme ratifiziert.